

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



**NRW
SPD**

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Sommerpause ist vorüber. Sie war für die SPD – gerade auch in Nordrhein-Westfalen – nicht einfach. Ich denke, wir haben uns alle politisch ruhigere Wochen gewünscht. Ich bin dennoch zuversichtlich. Denn wir haben erkennbar die überzeugenderen Konzepte und können selbstbewusst in die vor uns liegenden Wahlen gehen. Vier wichtige Entscheidungen stehen an, auf die wir uns gemeinsam vorbereiten und die wir gemeinsam gewinnen müssen.

Zunächst gilt es, bei der Europawahl Mehrheiten zu bekommen. Denn ein soziales Europa ist nur mit der SPD möglich. Wir müssen uns darum kümmern, dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aus NRW in Europa optimal und kompetent vertreten werden.

Bei den Kommunalwahlen kämpfen wir für eine starke SPD in den Rathäusern Nordrhein-Westfalens. Es muss Schluss damit sein, dass CDU und FDP zu Lasten der Kommunen regieren und deren Handlungsspielräume immer weiter einengen.

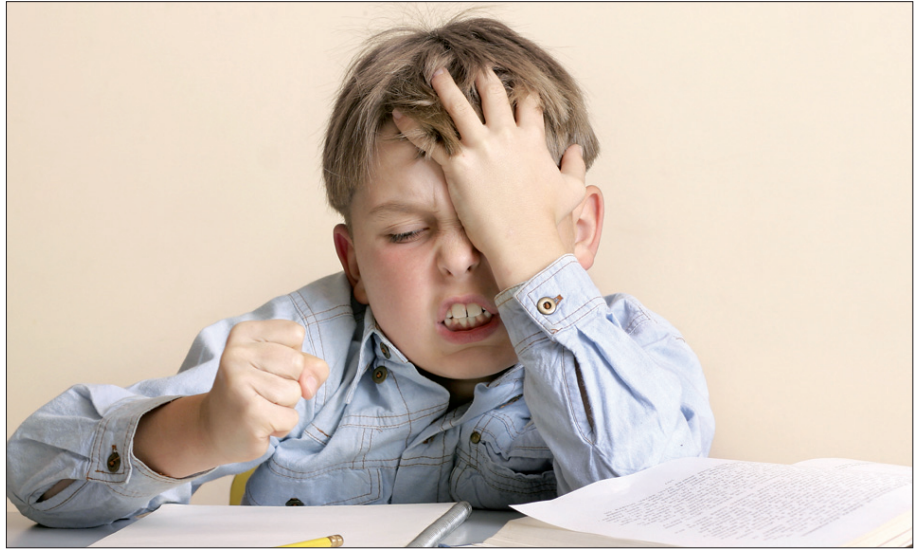
Bei der Bundestagswahl im Herbst 2009 geht es darum, dass wir auch dort Mehrheiten schaffen für ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Deutschland. Und schließlich: Bei der Landtagswahl 2010 gilt es, die in vielen Bereichen zerstrittene und völlig überforderte konservativ-liberale Koalition abzulösen. Auch dafür wollen wir gemeinsam kämpfen!

Der Ministerpräsident hat in seiner ersten Pressekonferenz nach der Sommerpause faktisch den Abschied von einer aktiven Landespolitik verkündet und den Stillstand zum Programm erkoren. Ein Regierungschef, der für die kommenden Monate keine eigenen politischen Projekte mehr präsentiert, ist offensichtlich nicht erholt, sondern ausgelaugt. Angesichts einer chaotischen Schulpolitik, einer desolaten Haushaltspolitik, dem Durcheinander beim Nichtraucherschutz und zahlreicher anderer Pannen hat der Regierungschef offenbar Angst, weitere Fehler zu machen. Er verfällt in eine politische Schockstarre.

Die von CDU und FDP geführte Landesregierung hat sich nach der Sommerpause selbst ein politisches Armutszeugnis ausgestellt. Nordrhein-Westfalen und seine Bürgerinnen und Bürger haben mehr verdient.



Eure Hannelore Kraft



© LEAH-ANNE THOMPSON - FOTOLIA.COM

CDU-SCHULPOLITIK: DIE CHAOSTAGE GEHEN WEITER

Eigentlich ist der Schuljahresbeginn ein Zeitpunkt, an dem Schüler, Lehrer und Eltern wissen sollten, wo es in der Schulpolitik künftig langgeht. Aufgrund der katastrophalen Schulpolitik von CDU und FDP kann davon aber keine Rede sein.

Schon im vergangenen Schuljahr demonstrierte die Landesregierung immer wieder ihr Komplettersagen: Das Durcheinander bei den Kopfnoten, dem Zentralabitur und den Sprachtests hat bei Lehrern, Schülern und Eltern für massive Kritik gesorgt. Die Zustände an den Schulen sind so unerträglich, dass jetzt sogar mehrere Lehrerverbände den sofortigen Stopp aller Reformen fordern.

Anstatt die Probleme zu lösen, setzt die Landesregierung ihren Chaos-Kurs fort. Weder in Personalfragen herrscht Einigkeit, noch war das Bildungsministerium in der Lage, die traditionelle Pressekonferenz zu Schuljahresbeginn pünktlich zu veranstalten. Die Tatsache, dass Jürgen Rüttgers Bildungspolitik zur Chefsache erklärt hat, zeigt die desolante Lage, in der sich die Landesregierung und Ministerin Sommer befinden.

Eine eigens von der CDU in Auftrag gegebene Umfrage zur Schulpolitik bestätigt zusätzlich die unzufriedene Stim-

mung an den Schulen: 84 Prozent der Befragten beklagen Lehrermangel, 73 Prozent den Unterrichtsausfall und 69 Prozent zu geringe Chancengleichheit. Und auch die jährliche Schulstatistik offenbart das bildungspolitische Desaster: Die Zahlen bestätigen, dass die Durchlässigkeit, also die Chance auf einen Aufstieg zwischen den Schulformen, abnimmt. Damit hat die Landesregierung ihr zentrales bildungspolitisches Ziel, die Durchlässigkeit zu steigern, deutlich verfehlt.

Und was tut die CDU dagegen? Sie schaltet die Ohren auf Durchzug und versucht mit ultimativer Lobhudelei die desolate Schulpolitik schön zu reden. Die einzigen Maßnahmen, die ergriffen werden, drehen sich um die Imagepflege von Ministerin Sommer. Medienberichten zu Folge wird sie neuerdings von einem Kommunikationsexperten beraten. Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen, wie einer Plakatenthüllung im August, versucht sie, von der schulpolitischen Misere abzulenken.

Wieder einmal wird deutlich: Die Landesregierung und Ministerin Sommer sind heillos überfordert und haben keine Konzepte, um die Probleme zu lösen. Eine handwerklich gute und sachlich fundierte Schulpolitik ist mit CDU und FDP nicht möglich. ■

ERFOLGSGEHEIMNIS: POLITIK MIT HERZ UND VERSTAND

MIT EINER FEIERSTUNDE ERINNERTE DIE NRWSPD AN JOHANNES RAU

Erinnerungen an einen großen SPD-Politiker: In seiner Heimatstadt Wuppertal erinnerte die NRWSPD am 23. August an den Menschen, den Politiker und den Sozialdemokraten Johannes Rau. Der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und spätere Bundespräsident war vor 50 Jahren, am 6. Juli 1958, zum ersten Mal in den Düsseldorfer Landtag gewählt worden. Vor 30 Jahren, am 20. September 1978, wurde Johannes Rau erstmals Ministerpräsident.

Das Lebenswerk des Ausnahmepolitikers würdigten die SPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft, der SPD-Vorsitzende Kurt Beck und Avi Primor, ehemaliger Botschafter Israels in Deutschland und Freund von Johannes Rau. Zu den 300 Gästen gehörten auch die Witwe von Johannes Rau, Christina Rau, und die Kinder Anna und Philip. Gekommen waren auch der Vorsitzende der Krupp-Stiftung Berthold Beitz, der frühere SPD-Vorsitzende Franz Müntefering sowie die Bundesminister Peer Steinbrück und Wolfgang Tiefensee. Mit „Willkommen bei den Sozialdemokraten“ begrüßte Gastgeberin Hannelore Kraft auch NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers bei der Feierstunde in der historischen Stadthalle Wuppertal.

In ihrer Festrede beschrieb Hannelore Kraft, wie die Ära Johannes Rau in Nordrhein-Westfalen nachwirkt: „Seine politische Weitsicht, seine Fähigkeit zur Integration und seine Warmherzigkeit sind unvergessen. Sie haben unser Land nachhaltig geprägt. Politik mit Herz und Verstand – das war sein Erfolgsgeheimnis.“ Johannes Rau, so Hannelore Kraft weiter, sei auf die Menschen zugegangen. „Sein unglaubliches Gedächtnis für Personen und Begebenheiten hat die Menschen immer wieder erstaunt. Auch bei seinen Reden liebte er den engen Kontakt mit den Zuhörern, wollte in ihre Augen schauen, ihre Reaktionen spüren. Er war ein Menschenfischer.“ Johannes Rau mochte die Menschen, und die Menschen mochten ihn, so die Vorsitzende.

Für Johannes Rau habe der „Schlüssel zu mehr Gerechtigkeit“ im Bildungsreich gelegen, sagte Hannelore Kraft und verwies auf seine erste Regierungserklärung 1978: „Erziehung und Bildung, Wis-



Kurt Beck, Hannelore Kraft, Avi Primor und Christina Rau (von links) würdigten mit weiteren 300 Gästen das Lebenswerk von Johannes Rau

senschaft und Forschung bestimmen nicht nur die Zukunft des einzelnen jungen Bürgers, sondern auch die des Landes.“ Johannes Rau habe frühzeitig gesagt: „Mit Studiengebühren errichtet man zusätzliche soziale Hürden“, erklärte die Landesvorsitzende und fügte hinzu: „So viel Aktualität muss erlaubt sein!“

Raus Bild einer solidarischen Gesellschaft sei auch ihr Bild, sagte die SPD-Landesvorsitzende: „Johannes Rau wusste, dass unsere Gesellschaft vom Wandel bestimmt ist. Wandel kann man nicht aufhalten. Aber man kann ihn gestalten. Dort, wo er zu rasant vonstatten geht und den Menschen das Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit nimmt, ist Politik gefordert.“

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck knüpfte in seiner Laudatio daran an: „Johannes Rau war überzeugt und er wusste aus Erfahrung, dass die Bereitschaft der Menschen, Veränderungen mitzumachen und zu akzeptieren, entscheidend davon abhängt, dass sie sich auf ihre soziale Absicherung verlassen können.“

Die Vorstellung, der Staat könne alle gesellschaftlichen Probleme lösen, sei Rau genau so fremd gewesen, wie der Glaube an „die unsichtbare Hand des Marktes, die allen Tüchtigen automatisch zu ihrem Glück ver helfe.“ Die SPD, diesen Standpunkt habe Johannes Rau konsequent vertreten, müsse immer „Schutzmacht der kleinen Leute“ und gleichermaßen treibende Kraft für wirtschaftliche, soziale, technische und ökologische Erneuerung sein. Beck: „Die SPD muss eintreten für einen Fortschritt nach menschlichem Maß.“

Johannes Rau habe immer für eine Gesellschaft geworben, in der man ohne Angst verschieden sein kann – vor allem auch nach dem furchtbaren Brandanschlag vom 29. Mai 1993 auf das Haus einer türkischen Familie in Solingen. Bei dieser fremdenfeindlichen Tat waren fünf Frauen und Mädchen ums Leben gekommen. Der SPD-Vorsitzende zitierte den ehemaligen Bundespräsidenten: „Integration kommt nicht von allein. Man muss etwas dafür tun. Das ist oft anstrengend. Wir dürfen diese neue Anstrengung nicht missverstehen als einen mildtätigen

Akt, mit dem wir Ausländern einen Gefallen tun. Wenn wir etwas für bessere Integration tun, dann tun wir das nicht nur aus Mitmenschlichkeit oder christlicher Nächstenliebe, sondern in unserem aufgeklärten Eigeninteresse.“

Als Freund Israels gehörte für Rau das Engagement für das Existenzrecht und für die Sicherheit Israels zu den zentralen Grundsätzen deutscher Politik, sagte Beck. Gleichzeitig habe Johannes Rau das Gespräch auch mit jenen in Israel geführt, die ungeduldig waren, unzufrieden mit ihrer Regierung, die mehr wollten und mehr für möglich hielten: Frieden jetzt! Rau sei auch vehement dafür eingetreten, dass die Palästinenser unter menschenwürdigen Bedingungen leben können und das Recht auf einen eigenen Staat haben.

In einer sehr persönlichen Rede sagte Avi Primor: „Johannes Rau wird und darf nicht in Vergessenheit geraten, weil wir ihn weiterhin als Vorbild brauchen.“ Der ehemalige Botschafter Israels in Deutschland und persönliche Freund des SPD-Politikers war unter anderem beeindruckt von einem Rau-Satz: „Einen Fremden zu hassen fällt allemal leichter, wenn man ihn nicht kennt.“

Deswegen habe sich Johannes Rau immer für bessere Beziehungen zwischen den Menschen eingesetzt. „Er wusste, dass wir Israelis Fehler haben, Fehler machen und vielleicht auch Schlimmeres als Fehler. Und er meinte, dass er als Freund das Recht und die Pflicht hat, uns darauf aufmerksam zu machen.“ Raus Auftritt vor der Knesset, dem israelischen Parlament im Jahr 2000, „ist für uns ein Meilenstein gewesen“.

Lange bevor er Rau kennen gelernt habe, habe er von ihm als „Freund Israels“ gehört. „Aber mich interessierte mehr: Warum eigentlich?“ Johannes Rau habe ihm dann später in einem persönlichen Gespräch erzählt, wie er 1943 als Kind in der Straßenbahn gefahren sei. Ihm gegenüber habe ein Mann mit Judenstern am Revers gesessen. Er habe sich diesen Stern genau angesehen, woraufhin der Mann merklich erschreckt sei – vor ihm, als Kind. Das sei für ihn ein prägendes Erlebnis gewesen. ■

GISELA WALSKEN: FINANZMINISTER LINSSSEN SAMMELT CDU/FDP-WAHLVERSPRECHEN EIN

Der Entwurf des Landeshaushalts 2009 ist das Eingeständnis des finanzpolitischen Scheiterns der CDU/FDP-Landesregierung. Gisela Walsken, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion: „Heimlich, still und leise sammelt Finanzminister Linssen die Wahlversprechen von CDU und FDP aus dem Landtagswahlkampf 2005 wieder ein. Der Entwurf des Landeshaushalts belegt: Die Landesregierung spart nicht, investiert nicht in die Zukunft, gibt das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes auf und scheitert am selbst gesteckten Ziel des Abbaus von Personal in der Landesverwaltung.“

Die Regierung, so die SPD-Finanzexpertin, habe den Bürgerinnen und Bürgern nach ihrer Amtsübernahme versprochen zu sparen. Stattdessen wachse der Landeshaushalt 2009 um weitere 1,4 Milliarden Euro. Seit der Regierungsübernahme im Jahr 2005 ist das Haus-



Gisela Walsken
SPD-Landtagsabgeordnete

haltsvolumen sogar um mehr als vier Milliarden Euro angewachsen. Versprochen – gebrochen! Die Landesregierung, so Walsken, hatte auch zugesichert, jeden Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen in vollem Umfang zur Haushaltskonsolidierung zu verwenden. Vom Steuerplus 2009 in Höhe von rund 1,69 Milliarden Euro fließen gerade einmal 110 Millionen Euro in die Senkung der Neuverschuldung. Versprochen – gebrochen! Der Schuldenberg wird folglich bis Ende 2009 auf rund 121 Milliarden Euro angewachsen.

Der Ministerpräsident und sein Finanzminister wollten bis 2010 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Von diesem Ziel entfernen sie die Landesregierung immer mehr. „Jetzt hofft der Finanzminister, 2013 keine neuen Schulden mehr machen zu müssen. Kein Wunder, dass selbst die FDP im Landtag die Finanzpolitik der Regierung als

„nicht zufriedenstellend“ bezeichnet“, so Walsken. Von einem Sparwillen ist hier nichts mehr zu erkennen.

Auch beim Thema „Personalabbau in der Landesverwaltung“ hat die Landesregierung mehr angekündigt als sie letztendlich halten kann, kritisierte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende: „Zu Beginn seiner Regierungsverantwortung hat sich der Ministerpräsident die Forderung der so genannten „Hartmann-Kommission“ zu eigen gemacht. Danach sollte die Zahl der Beschäftigten im Landesdienst um rund 32.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zum Jahr 2010 reduziert werden. Bisher hat die Landesregierung lediglich 2.500 Stellen abgebaut. Dieses magere Ergebnis belegt: CDU und FDP sind an der eigenen Messlatte gescheitert.“ Diese Finanzpolitik der CDU/FDP-Landesregierung verfehle nicht nur die eigenen Vorgaben, sondern sei auch unseriös, bilanzierte Walsken. ■

CDU UND FDP ZERSTÖREN UNSERE SPARKASSEN

Mit der von der schwarz-gelben Koalition in Düsseldorf geplanten Novellierung des Sparkassengesetzes wird nur ein Ziel verfolgt: Die Sparkassen sollen entsprechend der Ideologie von CDU und FDP privatisiert werden. Einem Gesetz, welches den Verkauf unserer Sparkassen an private Investoren ermöglicht, wird die SPD in Nordrhein-Westfalen nicht zustimmen. NRW braucht starke und selbstständige Sparkassen. Die Sparkassen garantieren jedem ein eigenes Girokonto und bieten 63.000 Mitarbeiter/innen einen Arbeits-

platz. Sie stehen für Förderung im sozialen und kulturellen Bereich und sind Partner für kleine und mittelständische Unternehmen.

Gegen die Privatisierung der Sparkassen findet am 11. September 2008 eine Großdemonstration vor dem Landtag in Düsseldorf statt.

Weitere Informationen unter www.sparkassen-erhalten.de



**? Sparkassen
erhalten**

DIE NRWSPD GRATULIERT IM SEPTEMBER...

...ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

- 60 Jahre** Hella von Treu
55 Jahre Kurt Detering
 Anton Grundler
 Heinz Hemming
 Friedrich Kunze
 Rudi Milczuch
 Hermann Rullkötter
 Helmut Witthus
50 Jahre Klaus Böhnke
 Joachim Braun
 Horst-Wilhelm Löser
 Heinrich Müller
 Heribert Müller

... ZUM GEBURTSTAG

- 102 Jahre** Ferdinand Wiga
101 Jahre Martha Dietle
 Heinrich Hundt
99 Jahre Helmut Lewien
 Lina Achatz
98 Jahre Willi Lehmann
 Helene Vollbrecht
97 Jahre Käthe Werner
 Helene Heck
 Anna Krieger
 Hanna Mensendiek
 Elli Hesselmann
96 Jahre Mechthilde von Wirth
 Richard Reinstädtler
 Franziska Flisek
 Franz Markworth
 Erich Prager
95 Jahre Margarete Wettklo
 Gerhard Milkowski

Neue „Inform“- Ausgabe ist da

Pünktlich zur Wahlwerkstatt am 30. August in Wuppertal ist eine neue Ausgabe des „Inform“ erschienen. Sie gibt Auskunft über alle Angebote rund um das Thema Kommunalwahl. Erhältlich ist der „Inform“ über die jeweiligen Unterbezirke.



Schulung für Wahlkämpfer: Kommunalakademie NRW bietet neue Seminare an

Das jetzt vorgelegte Programm der Kommunalakademie steht ganz im Zeichen der Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2009. Es richtet sich an kommunale Mandatsträger/innen und an alle Kandidaten/innen. Ziel ist es, allen Teilnehmern/innen inhaltliche und organisatorische Kompetenzen für ihren Wahlkampf zu vermitteln. Ein Schwerpunkt des Qualifizierungsangebots steht unter der Überschrift „Kommunales Rollen- und Selbstverständnis sowie Netzwerke bilden“. Die Kommunalakademie findet an drei Wochenenden jeweils von Samstag 9.00 Uhr bis Sonntag 13.00 Uhr statt.

Termine: Für das Rheinland in Stenden: 25./26. Oktober 2008, 6./7. Dezember 2008, 17./18. Januar 2009
 Für Westfalen in Münster: 11./12. Oktober 2008, 21./22. November 2008, 10./11. Januar 2009

Kosten: pro Teilnehmer/in 250,- EURO incl. Verpflegung, Übernachtungen, Seminarunterlagen und einer abschließende Zertifizierung bei Teilnahme an allen Modulen. Eine anteilige Kostenübernahme durch die SGK-Kreisverbände bzw. SPD-Unterbezirke ist möglich

Weitere Informationen:

Bitte Kontakt mit dem jeweiligen Unterbezirk, der/dem Fraktionsvorsitzenden oder dem zuständigen SGK-Kreisverband aufnehmen. Oder direkt mit der SGK NRW: johanne.fuchs@sgk-nrw.de bzw. der NRWSPD: wolfgang.hellmich.nrw@spd.de
 Im Internet unter: www.nrwspd.de/kommunalakademie/2008.asp

Anmeldung unter: www.nrwspd.de/kommunalakademie/2008.asp

Anmeldeschluss: 15. September 2008



Stolz präsentieren die Ahlener Genossinnen und Genossen ihr renoviertes Parteihaus. Mit dabei Mike Groschek, Generalsekretär der NRWSPD (5. von rechts)

„Willy-Brandt-Haus“ in Ahlen eingeweiht

Bei strahlendem Sonnenschein stellte die SPD in Ahlen am 16. August ihr frisch renoviertes Parteihaus der Öffentlichkeit vor. Zahlreiche Besucher kamen, um das modernisierte Parteihaus in Augenschein zu nehmen. Ehrengast war der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen SPD, Michael Groschek. „Die nächsten 100 Jahre wird die SPD hier bleiben. Und wir werden aus diesem

Haus heraus wieder sozialdemokratische Mehrheiten für Ahlen organisieren, erklärte Groschek. Im „Willy-Brandt-Haus“ an der Roonstraße haben der SPD-Stadtverband Ahlen, die Kreis-SPD, die Kreistagsfraktion und die SGK im Kreis ihren Sitz. Außerdem ist hier das Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Annette Watermann-Krass untergebracht. ■

Im Landesverband Nordrhein-Westfalen der Jusos in der SPD mit Sitz in Düsseldorf ist zum 1. Oktober 2008 eine Stelle zu besetzen als:

Jugendbildungsreferentin/ Jugendbildungsreferent

Voraussetzungen:

- abgeschlossene Fachhochschul- oder Hochschulausbildung bzw. auf Grund der Kenntnisse und ausreichender beruflicher Erfahrungen vergleichbare Qualifikation
- Kenntnisse in der Energie- und Umweltpolitik, Antifaschismus, Integration und innere Sicherheit
- Erwünscht sind Erfahrungen in der politischen Jugendbildungsarbeit in der SPD oder in einer anderen Organisation

Die Tätigkeitsbedingungen unterliegen den Förderrichtlinien des Landesjugendplanes NRW und werden nach den Bedingungen des Tarifvertrages der NRWSPD vergütet.



Bewerbungen sind bis zum 15. September 2008 (Posteingang) einzusenden an den

**Juso-Landesverband
Nordrhein-Westfalen
Herrn Robin Baranski (persönlich)
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf**

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Bernd Neuendorf, SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf

REDAKTION: Dirk Borhart, Julia Stöcklein, Andreas Uphues | EMAIL: vorwaerts@nrwspd.de | INTERNET: www.nrwspd.de